

# Inhaltsübersicht

§ 1	Einleitung . . . . .	1
-----	----------------------	---

## *Teil 1*

### Grundlagen

§ 2	Rechtstatsachen . . . . .	6
§ 3	Gegenstand und Funktion des Konzernrechts. . . . .	17

## *Teil 2*

### Der Verein als Obergesellschaft

§ 4	Vereinsinterne Zuständigkeit für gruppenspezifische Maßnahmen	78
§ 5	Vereinsrechtliche Grenzen externer wirtschaftlicher Betätigung . .	126
§ 6	Einfluss und Verantwortung auf Grundlage der §§ 291, 311 ff. AktG. . . . .	198
§ 7	Gruppenspezifische Leitungspflichten des Vorstandes . . . . .	217
§ 8	Gruppenspezifische Rechnungslegungs- und Publizitätspflichten .	222
§ 9	Gruppenspezifische Informationsrechte der Mitglieder . . . . .	232

## *Teil 3*

### Der abhängige Verein

§ 10	Abhängigkeitsbegründung. . . . .	244
§ 11	Im Interesse der außenstehenden Mitglieder bestehende Grenzen der Einflussnahme . . . . .	296
§ 12	Im Interesse der Gläubiger bestehende Grenzen der Einflussnahme. . . . .	344

*Teil 4*

## Der Verein im Gleichordnungskonzern

§ 13 Der Verein als Spitze eines Gleichordnungskonzerns. . . . .	402
§ 14 Der Verein als gleichgeordneter Verband. . . . .	406

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsübersicht. . . . .	IX
§ 1 <i>Einleitung</i> . . . . .	1
A. Einführung . . . . .	1
B. Themenbegrenzung . . . . .	3
C. Gang der Untersuchung . . . . .	4

### *Teil 1*

## Grundlagen

§ 2 <i>Rechtstatsachen</i> . . . . .	6
A. Herrschende Vereine . . . . .	6
I. Zur Entstehung von Holdingvereinen. . . . .	6
II. Beispiele . . . . .	7
1. ADAC. . . . .	7
2. Profifußball. . . . .	8
3. Sachverständigenorganisationen . . . . .	9
4. Freie Wohlfahrtspflege. . . . .	10
5. GfK . . . . .	11
6. Familienkonzerne . . . . .	11
III. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge . . . . .	12
B. Fremdeinfluss ausgesetzte Vereine . . . . .	12
I. Dachverbände . . . . .	12
II. Gesamtvereine. . . . .	14
III. Statutarische Einwirkungsrechte . . . . .	15

§ 3 <i>Gegenstand und Funktion des Konzernrechts</i> . . . . .	17
A. <i>Regelungsgegenstand des Konzernrechts</i> . . . . .	18
I. <i>Bilaterales Verhältnis zwischen Rechtsträgern als Gegenstand des Konzernrechts</i> . . . . .	18
II. <i>Organisationsrechtlich begründete Abhängigkeit von Rechtsträgern als konzernrechtliches Kernproblem</i> . . . . .	18
1. <i>Zentrale Rolle des Abhängigkeitstatbestandes in den §§ 291 ff. AktG</i> . . . . .	19
2. <i>Das abhängigkeitsspezifische Regelungsproblem</i> . . . . .	20
3. <i>Einordnung der nicht abhängigkeitsspezifischen Unternehmensverbindungen der §§ 291 ff. AktG</i> . . . . .	21
a) <i>Gleichordnungskonzern</i> . . . . .	21
b) <i>Unternehmensverträge des § 292 AktG</i> . . . . .	22
c) <i>Einfache wechselseitige Beteiligung</i> . . . . .	24
4. <i>Beschränkung auf organisationsrechtlich begründete Abhängigkeit</i> . . . . .	24
5. <i>Keine Beschränkung auf die Beherrschung durch Unternehmensgesellschafter</i> . . . . .	26
III. <i>Konzernrecht der Obergesellschaft und Gläubigerschutzproblematik kein Konzernrecht im engeren Sinn</i> . . . . .	27
B. <i>Konzernrechtliche Regelungskonzepte</i> . . . . .	29
I. <i>Verbandszweck des § 33 Abs. 1 S. 2 BGB als archimedischer Punkt des Konzernrechts</i> . . . . .	29
1. <i>Wahrung vs. Überwindung des Verbandszwecks als gegensätzliche Regelungskonzepte</i> . . . . .	30
2. <i>Elemente des normtypischen Verbandszwecks im Sinne des § 33 Abs. 1 S. 2 BGB</i> . . . . .	31
a) <i>Formalziel</i> . . . . .	31
b) <i>Stellung der Mitgliedervertretung als oberstes Willensbildungsorgan</i> . . . . .	34
II. <i>Schutzrechtliches Regelungskonzept des allgemeinen Verbandsrechts: Wahrung des Verbandszwecks zu Gunsten der außenstehenden Gesellschafter</i> . . . . .	38
1. <i>Durch herrschenden Einfluss begründete Gefährdungslage</i> . . . . .	38
a) <i>Traditionelle Vorstellung vom Konzernkonflikt</i> . . . . .	38
b) <i>Kritik</i> . . . . .	39
(1) <i>Geringe Überzeugungskraft der Differenzierung zwischen Unternehmens- und Privatgesellschaftern</i> . . . . .	39
(2) <i>Fehlende Abhängigkeitsspezifität der Gläubigerschutzproblematik</i> . . . . .	41
2. <i>Schutzrechtliches Instrumentarium</i> . . . . .	42

a) Präventiver Schutz . . . . .	43
b) Repressiver Schutz . . . . .	44
III. Privilegierungsrechtliches Regelungskonzept des AktG: Überwindung des Verbandszwecks zugunsten des herrschenden Unternehmens . . . . .	45
1. Modifikationen zugunsten des herrschenden Aktionärs. . . . .	45
a) Änderung des normtypischen Verbandszwecks. . . . .	46
(1) Normtypischer Verbandszweck der Aktiengesellschaft . . . . .	46
(2) Beherrschungsvertrag und Eingliederung . . . . .	46
(3) §§ 311 ff. AktG . . . . .	48
(4) Gewinnabführungsvertrag . . . . .	48
(5) Exkurs: Unternehmensverträge des § 292 AktG . . . . .	50
b) Ablösung des Normalstatuts durch ein Sonderstatut. . . . .	51
(1) Kapitalerhaltung . . . . .	51
(2) Treupflicht, Gleichbehandlungsgrundsatz und § 117 AktG . . . . .	52
(3) Rechte und Pflichten der Verwaltungsorgane . . . . .	54
2. Überwindung der Grenzen privatautonomer Gestaltbarkeit . . . . .	55
a) Einstimmigkeitserfordernis des § 33 Abs. 1 S. 2 BGB. . . . .	56
b) Satzungsstrenge (§ 23 Abs. 5 AktG) . . . . .	56
c) Kapitalerhaltungsregelungen . . . . .	57
3. Bedeutung des Außenseiterschutzes in den §§ 291 ff. AktG . . . . .	58
a) Vertrags- und Eingliederungskonzern . . . . .	58
b) §§ 311 ff. AktG . . . . .	59
4. Rechtfertigung des privilegierungsrechtlichen Konzepts . . . . .	62
a) Wohlfahrtsökonomische Motivation des privilegierungs- rechtlichen Konzepts. . . . .	63
b) Vorteile der polykorporativen Organisation: Die Überlegenheit des faktischen Konzerns . . . . .	64
5. Förderung der Entstehung herrschenden Einflusses? . . . . .	65
C. Konzernrechtlicher Unternehmensbegriff. . . . .	66
I. Vertretene Konzepte . . . . .	66
1. Begriff des übergeordneten Unternehmens . . . . .	67
a) Schutzrechtlicher Unternehmensbegriff der h.M. . . . .	67
b) Organisationsrechtlicher Gegenentwurf von <i>Mülbert</i> . . . . .	68
2. Begriff des untergeordneten Unternehmens. . . . .	69
II. Die Vorzugswürdigkeit eines relativen Unternehmensbegriffs. . . . .	70
1. Unmöglichkeit eines einheitlichen Begriffs des übergeordneten Unternehmens. . . . .	70
2. Unmöglichkeit eines einheitlichen Begriffs des untergeordneten Unternehmens . . . . .	71
3. Unternehmensbegriff als teleologisches Korrektiv . . . . .	72
D. Zusammenfassung und Festlegung des Untersuchungsprogramms. . . . .	74

## Teil 2

## Der Verein als Obergesellschaft

§ 4 Vereinsinterne Zuständigkeit für gruppenspezifische Maßnahmen	78
A. Meinungsbild	78
I. Entwicklung der Holz Müller-Grundsätze im Aktienrecht	78
1. Rechtsprechung des BGH	78
2. Erklärungskonzepte der Literatur	81
II. Anwendung der Holz Müller-Grundsätze auf den Verein	82
III. Exkurs: Anwendung der Holz Müller-Grundsätze auf die GmbH	84
B. Problemanalyse	85
I. Rechtsformübergreifende Zusammenhänge	85
1. Kategorisierung gruppenspezifischer Maßnahmen	85
a) Traditionelle Kategorisierung	85
b) Problemorientierte Kategorisierung	86
2. Faktische Auswirkungen gruppenspezifischer Maßnahmen auf die Mitgliedschaft in der Obergesellschaft	88
a) Zusammenhang zwischen Recht und faktischem Substrat	88
b) Ausgliederungsmaßnahmen: Mediatisierungseffekt	89
c) Drittbeteiligungsmaßnahmen: Verwässerungseffekt	90
d) Risikomaßnahmen: Vermögensverkürzungen	92
3. Relativierung der faktischen Beeinträchtigung aufgrund gruppenspezifischer Maßnahmen	92
II. Vereinsrechtliche Besonderheiten	93
1. Vereinsrechtliche Kompetenzordnung	93
2. Vereinsrechtliche Mitgliedschaft	94
a) Nichtvermögensrechtliche Ausgestaltung der Mitgliedschaft	94
b) Rückwirkung des Weisungsrechts der Mitgliederversammlung	96
III. Zwischenfazit	96
C. Vorlagepflicht des Vorstandes bei gruppenspezifischen Maßnahmen	97
I. Zum Begriff der Vorlagepflicht	97
II. Vorlagepflichten aufgrund Alleinzuständigkeit der Mitgliederversammlung	97
1. Zweckänderung (§ 33 Abs. 1 S. 2 BGB)	98
2. Betroffenheit des statutarischen Gegenstandes der Vereinstätigkeit (§ 33 Abs. 1 S. 1 BGB)	98

a) Gruppenweite Geltung des Verbots gegenstandswidriger Geschäfte . . . . .	99
b) Zum Erfordernis einer Beteiligungsklausel . . . . .	99
3. Ausgliederung nach dem UmwG. . . . .	101
4. Abschluss eines Beherrschungs- oder Gewinnabführungs- vertrags (§ 293 Abs.2 AktG analog) . . . . .	102
5. Gesamtvermögensübertragung (§ 179a AktG analog) . . . . .	103
a) Meinungsstand zum Schutzzweck des § 179a AktG . . . . .	103
b) Meinungsstand zur Analogiefähigkeit des § 179a AktG . . . . .	104
c) Stellungnahme . . . . .	105
III. Begründung und Reichweite einer nicht zuständigkeitsbedingten Vorlagepflicht . . . . .	107
1. Notwendigkeit einer nicht zuständigkeitsbedingten Vorlagepflicht. . . . .	107
2. Dogmatische Herleitung . . . . .	108
a) Herkömmliche Erklärungsansätze . . . . .	108
b) Ableitung aus dem Weisungsrecht . . . . .	110
3. Umfang der Vorlagepflicht . . . . .	111
a) Mutmaßlicher Wille als maßgebliches Kriterium . . . . .	111
b) Konkretisierung für den Bereich gruppenspezifischer Maßnahmen. . . . .	112
(1) Ausgliederungsmaßnahmen . . . . .	112
(2) Drittbeteiligungsmaßnahmen . . . . .	114
(3) Risikomaßnahmen . . . . .	116
D. Flankierende Informationspflichten . . . . .	117
E. Anforderungen an den Zustimmungsbeschluss . . . . .	117
I. Mehrheitserfordernis . . . . .	117
II. Sachliche Rechtfertigung . . . . .	117
F. Abbedingung von Vorlagepflichten. . . . .	119
I. Dispositivität. . . . .	119
II. Anforderungen an die Abbedingung . . . . .	120
G. Rechtsfolgen und Rechtsschutz bei Verletzung der Vorlagepflicht . . . . .	121
I. Wirksamkeit der gruppenspezifischen Maßnahme . . . . .	121
II. Unterlassungs-, Beseitigungs- und Schadensersatzanspruch . . . . .	121
III. Fehlerhaftigkeit des Zustimmungsbeschlusses . . . . .	122
H. Zusammenfassung . . . . .	123

§ 5 Vereinsrechtliche Grenzen externer wirtschaftlicher Betätigung . . .	126
A. Meinungsstand und Untersuchungsprogramm . . . . .	126
I. Meinungsstand. . . . .	126
1. Die teleologisch-typologische Vereinsklassenabgrenzung. . .	127
2. Die Behandlung externer wirtschaftlicher Betätigungen . . .	129
a) Mehrheitsbeteiligung an einer Kapitalgesellschaft . . . . .	129
b) Minderheitsbeteiligung an einer Kapitalgesellschaft . . . . .	131
c) Sonstige Beteiligungsformen . . . . .	132
II. Untersuchungsprogramm . . . . .	132
B. Grundlagen . . . . .	132
I. Die Besonderheiten des Vereins gegenüber den Handelsvereinen	133
1. Gläubigerschutzniveau . . . . .	133
a) Kapitalausstattung . . . . .	133
b) Ausschüttungssperren . . . . .	136
c) Rechnungslegung und Publizität . . . . .	139
d) Qualitätsanforderungen und Verantwortlichkeit der Geschäftsleiter . . . . .	141
2. Verkehrsschutzniveau . . . . .	143
3. Mitgliederschutzniveau . . . . .	144
4. Sozialschutzniveau. . . . .	146
II. Die Besonderheiten wirtschaftlicher Betätigung. . . . .	147
1. Ursachen unternehmerischen Risikos . . . . .	147
2. Besonderheiten unentgeltlichen Anbietens von Leistungen . .	148
C. Zurechnung aufgrund Gläubigerschutzes . . . . .	149
I. Die beschränkte Kompensationsfähigkeit gesetzlicher Defizite durch privatautonome Vereinbarungen . . . . .	150
II. Interessen der Vereinsgläubiger . . . . .	151
1. Vergleich der Auswirkungen unternehmerischen Risikos auf die Vereinsgläubiger bei eigener bzw. externer wirtschaftlicher Betätigung . . . . .	151
a) Eigene wirtschaftliche Betätigung . . . . .	151
b) Externe wirtschaftliche Betätigung. . . . .	152
c) Analyse . . . . .	153
2. Konsequenzen für die Zurechnung . . . . .	154
a) Aktivseite: Zurechnung aufgrund der Belastung einzelner Vermögensgegenstände mit unternehmerischem Risiko . .	154
(1) Fremdfinanzierung unternehmerischer Eigenkapital- beteiligungen als Zurechnungskriterium. . . . .	155
(2) Maßgeblicher Zeitpunkt . . . . .	156

b) Passivseite: Zurechnung aufgrund der Haftung für unternehmerisches Risiko . . . . .	157
(1) Ablehnung einer »konzernrechtlichen Zurechnung« . . . . .	157
(2) Verhaltensunabhängige unbegrenzte Haftung als Zurechnungsgrund . . . . .	159
(3) Behandlung der verhaltensunabhängigen beschränkten Haftung . . . . .	159
III. Interessen der Gläubiger der Beteiligungsgesellschaft. . . . .	160
1. Schutz durch Normativsystem der Beteiligungsgesellschaft . . . . .	160
2. Gläubigerschutz durch verhaltensabhängige Gesellschafterhaftung . . . . .	161
a) Kompensationsfunktion . . . . .	161
b) Präventionsfunktion . . . . .	162
D. Zurechnung aufgrund sonstiger Gesichtspunkte . . . . .	163
I. Verkehrsschutz . . . . .	163
II. Mitgliederschutz. . . . .	164
1. Kein zwingender Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Betätigung und den Vermögensinteressen der Mitglieder . . . . .	164
2. Mitgliederschutz durch Selbstbestimmung . . . . .	165
III. Sozialschutz . . . . .	167
IV. Wohlfahrtsökonomische Erwägungen . . . . .	167
E. Nebentätigkeitsprivileg . . . . .	169
I. Reichweite des Nebentätigkeitsprivilegs im Allgemeinen. . . . .	170
1. Maßgeblichkeit der Relation von wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Betätigung . . . . .	170
2. Erfordernis eines inhaltlichen Zusammenhangs . . . . .	172
II. Reichweite des Nebentätigkeitsprivilegs bei der externen wirtschaftlichen Betätigung . . . . .	173
F. Folgen der Rechtsformverfehlung. . . . .	175
I. Amtslöschung gemäß § 395 FamFG . . . . .	175
1. Erfassung der verdeckten Rechtsformverfehlung. . . . .	175
2. Ermessensfrage . . . . .	176
3. Rechtsfolge . . . . .	177
a) Kein Liquidationszwang. . . . .	177
b) Entbehrlichkeit eines Fortsetzungsbeschlusses . . . . .	179
c) Persönliche Haftung der Mitglieder . . . . .	179
II. Handlungsoptionen des Vereins . . . . .	180
1. Formwechsel nach den §§ 272 ff. UmwG . . . . .	180
2. Fortführung als nicht rechtsfähiger Wirtschaftsverein. . . . .	181
III. Rechte der Mitglieder . . . . .	181

1. Erzwingung der Amtslöschung . . . . .	181
2. Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche. . . . .	182
a) Verdeckte Rechtsformverfehlung als satzungswidriger Zustand . . . . .	182
b) Gesellschafterklagen . . . . .	183
(1) Abwehrklage (actio negatoria) . . . . .	183
(2) Actio pro socio . . . . .	185
3. Austrittsrecht wegen Rechtsformverfehlung . . . . .	187
IV. Rechte der Gläubiger . . . . .	188
1. Erzwingung des Lösungsverfahrens . . . . .	188
2. Ersatzansprüche gegenüber Vorstands- und Vereinsmitglieder. . . . .	188
a) Haftung der Vorstandsmitglieder. . . . .	188
b) Haftung der Vereinsmitglieder . . . . .	189
(1) Haftung als Mitglieder eines nicht eingetragenen Wirtschaftsvereins . . . . .	189
(2) Durchgriffshaftung wegen Missbrauch der Rechtsform . . . . .	190
V. Rechte der Mitbewerber . . . . .	192
G. Zusammenfassung . . . . .	194
<i>§ 6 Einfluss und Verantwortung auf Grundlage der §§ 291, 311 ff. AktG</i> . . . . .	198
A. Meinungsbild . . . . .	198
B. Aktienkonzernrechtliche Privilegierungstatbestände . . . . .	200
I. Anwendbarkeit der aktienkonzernrechtlichen Privilegierungs- tatbestände . . . . .	200
1. Eingliederung. . . . .	200
2. Beherrschungsvertrag . . . . .	200
3. Gestreckter Einzelausgleich (§ 311 Abs. 1 AktG). . . . .	203
4. Gewinnabführungsvertrag . . . . .	203
II. Grenzen der zulässigen Einflussnahme . . . . .	204
C. Aktienkonzernrechtliche Haftungstatbestände . . . . .	207
I. Haftung gemäß den §§ 302 f. AktG . . . . .	208
II. Haftung gemäß § 317 Abs. 1 AktG . . . . .	209
1. Unternehmenseigenschaft aufgrund anderweitiger wirtschaftlicher Betätigung. . . . .	209
a) Eigene wirtschaftliche Betätigung . . . . .	209
b) Externe wirtschaftliche Betätigung: Maßgeblichkeit der Gewinnbeteiligungsrelation. . . . .	210
2. Unternehmenseigenschaft aufgrund nichtwirtschaftlicher Betätigung . . . . .	212

3. Unternehmenseigenschaft aufgrund fremdnütziger Zielsetzung . . . . .	213
4. Zwischenfazit. . . . .	214
III. Haftung des Vereinsvorstandes gemäß §§ 309, 317 Abs. 3 AktG	214
D. Pflicht der abhängigen Aktiengesellschaft zur Erstellung und Prüfung eines Abhängigkeitsberichts . . . . .	215
E. Zusammenfassung . . . . .	215
<i>§ 7 Gruppenspezifische Leitungspflichten des Vorstandes . . . . .</i>	<i>217</i>
A. Gruppenspezifische Leitungspflicht im Aktienrecht . . . . .	217
I. Meinungsbild . . . . .	217
II. Stellungnahme . . . . .	218
B. Übertragbarkeit der aktienrechtlichen Grundsätze auf den Verein . .	219
I. Allgemeine Leitungspflicht des Vereinsvorstandes . . . . .	219
II. Gruppenspezifische Leitungspflicht des Vereinsvorstandes . . .	220
C. Zusammenfassung . . . . .	221
<i>§ 8 Gruppenspezifische Rechnungslegungs- und Publizitätspflichten . .</i>	<i>222</i>
A. Verbundsunabhängige Pflichten . . . . .	222
I. Pflichten nach BGB . . . . .	222
II. Pflichten nach HGB. . . . .	223
III. Pflichten nach PubLG . . . . .	224
IV. Steuerliche Pflichten. . . . .	225
V. Branchenspezifische Pflichten . . . . .	225
B. Konzernrechnungslegungspflichten . . . . .	225
I. HGB . . . . .	225
II. § 11 Abs. 1 PubLG . . . . .	226
1. Unternehmensbegriff . . . . .	226
a) Meinungsstand . . . . .	226
b) Stellungnahme . . . . .	228
2. Herrschender Einfluss. . . . .	230
3. Größenkriterien . . . . .	230
4. Rechtsfolgen im Einzelnen . . . . .	230
C. Zusammenfassung . . . . .	231

§ 9 Gruppenspezifische Informationsrechte der Mitglieder . . . . .	232
A. Informationsansprüche und -pflichten im Verein . . . . .	232
I. Kollektiver Informationsanspruch der Mitgliederversammlung aus §§ 27 Abs. 3, 666 BGB . . . . .	232
II. Individuelle Informationsansprüche der Vereinsmitglieder. . . . .	233
1. Allgemeiner Informationsanspruch . . . . .	233
2. Bekanntmachungspflicht gemäß § 32 Abs. 1 S. 2 BGB . . . . .	234
B. Gruppenspezifische Reichweite. . . . .	235
I. Informationspflichten ohne Zusammenhang zu gruppenspezifischen Maßnahmen. . . . .	235
1. Gruppenspezifische Reichweite des Anspruchs aus §§ 27 Abs. 3, 666 BGB . . . . .	235
2. Gruppenspezifische Reichweite des Anspruchs analog § 131 Abs. 1 AktG . . . . .	237
II. Informationspflichten im Zusammenhang mit gruppen- spezifischen Maßnahmen. . . . .	238
1. Bestehen einer Vorlagepflicht . . . . .	238
a) Im Vorfeld der Mitgliederversammlung . . . . .	238
b) In der Mitgliederversammlung . . . . .	240
2. Nichtbestehen einer Vorlagepflicht. . . . .	241
C. Zusammenfassung . . . . .	241

### Teil 3

## Der abhängige Verein

§ 10 Abhängigkeitsbegründung . . . . .	244
A. Rechtsgeschäftlich-konstruktive Begründbarkeit herrschenden Einflusses über einen Verein. . . . .	244
I. Herrschender Einfluss auf Grundlage des Normalstatuts . . . . .	244
II. Herrschender Einfluss aufgrund statutarischer Mitwirkungsrechte . . . . .	245
1. Vorüberlegung: Kategorisierung von Mitwirkungsrechten . . . . .	246
a) Entziehbarkeit vs. Unentziehbarkeit . . . . .	246
b) Uneigennützigkeit vs. Eigennützigkeit. . . . .	247
2. Begründbarkeit statutarischer Mitwirkungsrechte. . . . .	248
a) Mitwirkungsrechte von Mitgliedern . . . . .	248
b) Mitwirkungsrechte von Dritten. . . . .	249

(1) Meinungsbild . . . . .	249
(2) Stellungnahme . . . . .	250
c) Unentziehbarkeit . . . . .	253
3. Einzelne statutarische Mitwirkungsrechte . . . . .	253
a) Mehrfachstimmrecht . . . . .	253
b) Weisungsrecht . . . . .	254
c) Bestellungsrechte . . . . .	254
d) Zustimmungrechte zu Geschäftsführungs- angelegenheiten . . . . .	255
e) Sonstige Mitwirkungsrechte . . . . .	255
f) Beschränkungen der Satzungshoheit . . . . .	256
4. Beständigkeit statutarischer Mitwirkungsrechte . . . . .	256
III. Besonderheiten im Verhältnis von Mitgliedsverein und Dachverband . . . . .	257
IV. Besonderheiten im Verhältnis von Zweigverein und Hauptverein	258
B. Im Zusammenhang mit der Abhängigkeitsbegründung relevante Zulässigkeitschranken . . . . .	260
I. Ausdrückliche statutarische Vorkehrungen . . . . .	260
II. Ungeschriebene Zulässigkeitschranken . . . . .	261
1. Diskussionsstand . . . . .	262
a) Prinzip der Verbandsautonomie . . . . .	262
b) Gleichbehandlungsgrundsatz . . . . .	265
c) Treupflichtbasiertes Abhängigkeitsbegründungsverbot . .	266
2. Ablehnung der Disposition der Mitgliedergesamtheit entzogener Zulässigkeitschranken . . . . .	267
a) Fehlende Legitimation des Prinzips der Verbands- autonomie . . . . .	267
b) Irrelevanz von Gläubigerinteressen . . . . .	270
(1) Kein Abhängigkeitsbegründungsverbot im Gläubigerinteresse . . . . .	270
(2) Kein Verbot eigennütziger Mitwirkungsrechte im Gläubigerinteresse . . . . .	270
3. Gleichbehandlungsgrundsatz als nicht abhängigkeits- spezifische Zulässigkeitschranke bei der Begründung von Vorzugsrechten . . . . .	272
4. Verbandszweck als maßgebliche Schranke der Abhängigkeitsbegründung . . . . .	273
a) Aus dem normtypischen Verbandszweck abzuleitende Schranken . . . . .	274
(1) Stellung der Mitgliederversammlung als oberstes Willens- bildungsorgan als Grundlage eines Abhängigkeits- begründungsverbots . . . . .	274

(2) Normtypisches Formalziel als Grundlage eines Verbots eigennütziger Mitwirkungsrechte . . . . .	276
b) Überwindbarkeit der aus dem Verbandszweck abzuleitenden Schranken . . . . .	276
(1) Einfacher und qualifizierter Dispens vom Abhängigkeits- begründungsverbot. . . . .	277
(2) Dispens vom Verbot eigennütziger Mitwirkungsrechte . . .	278
(3) Anforderungen an die Verbandszweckänderung. . . . .	280
c) Keine organschaftliche Stellung des Inhabers von Mitwirkungsrechten . . . . .	281
d) Konsequenzen der Missachtung der Vorgaben des Verbandszwecks . . . . .	282
(1) Abhängigkeitsbegründung durch Zugriff auf fremde Stimmrechte . . . . .	283
(2) Abhängigkeitsbegründung durch statutarische Mitwirkungsrechte . . . . .	284
(3) Rechtsfolgen fehlerhafter Beschlussfeststellung . . . . .	286
C. Abschluss eines Beherrschungsvertrags analog § 291 Abs. 1 S. 1, 1. Alt AktG . . . . .	288
I. Zulässigkeit . . . . .	288
II. Verhältnis von Satzung und Beherrschungsvertrag . . . . .	289
III. Wirksamkeitsvoraussetzungen. . . . .	291
IV. Änderung und Beendigung des Vertrags . . . . .	292
D. Zusammenfassung . . . . .	292
§ 11 <i>Im Interesse der außenstehenden Mitglieder bestehende Grenzen     der Einflussnahme.</i> . . . . .	296
A. Einführung . . . . .	296
I. Fehlen gesetzlicher Vorgaben . . . . .	296
II. Diskussionsstand . . . . .	297
B. Unanwendbarkeit der §§ 117, 311 ff. AktG . . . . .	297
C. Verbot der Umgehung der Mitgliederversammlung . . . . .	298
I. Relevanz des Verbots der Umgehung der Mitglieder- versammlung neben dem Abhängigkeitsbegründungsverbot. . .	298
II. Herleitung des Verbots der Umgehung der Mitgliederversammlung . . . . .	299
III. Erstreckung des Verbots auf Dritte . . . . .	301
1. Einfluss aufgrund statutarischen Mitwirkungsrechts . . . . .	301
2. Einfluss aufgrund des Zugriffs auf fremde Stimmrechte. . . .	301

D. Schädigungsverbot . . . . .	302
I. Herleitung des Schädigungsverbots aus der Verpflichtung auf das Formalziel . . . . .	302
II. Erstreckung der Formalzielbindung auf Dritte . . . . .	303
1. Einfluss aufgrund statutarischer Mitwirkungsrechte . . . . .	303
2. Einfluss aufgrund des Zugriffs auf fremde Stimmrechte. . . . .	304
III. Konkretisierung des Schädigungsverbots. . . . .	306
1. Verbot schädigender Einflussnahme (Verbot endogener Schädigungen) . . . . .	306
2. Verbot exogener Schädigungen . . . . .	307
3. Besonderheiten beim Bestehen eines atypischen Formalziels	308
IV. Schwächen des Schädigungsverbots . . . . .	308
V. Einzelfallbezogener Dispens vom Schädigungsverbot . . . . .	310
1. Dispositivität des Schädigungsverbots. . . . .	311
a) Meinungsbild . . . . .	311
(1) Herrschende Meinung . . . . .	311
(2) Abweichende Auffassungen . . . . .	311
b) Stellungnahme . . . . .	313
2. Formelle Anforderungen an den Dispens vom Schädigungsverbot. . . . .	316
a) Zustimmung sämtlicher Mitglieder. . . . .	316
b) Eintragungserfordernis . . . . .	316
(1) Meinungsbild . . . . .	317
(a) Meinungsbild bezüglich satzungsdurchbrechender Beschlüsse im Allgemeinen . . . . .	317
(b) Meinungsbild bezüglich des Eintragungserfordernisses beim Dispens vom Schädigungsverbot im Besonderen. . . . .	318
(2) Stellungnahme . . . . .	318
(a) Normverstoß und Normänderung als unterschiedliche Kategorien . . . . .	318
(b) Teleologische Reduktion des Eintragungserfordernisses	322
3. Bedeutung des Einzelfalldispenses bei Verstößen gegen zwingendes Gläubigerschutzrecht . . . . .	323
E. Vorbeugung und Sanktionierung von Grenzüberschreitungen . . . . .	324
I. Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche gegenüber verbotswidriger Einflussnahme . . . . .	324
1. Einflussnahme in der Mitgliederversammlung: Anfechtbarkeit verbotswidriger Beschlüsse . . . . .	324
2. Einflussnahme außerhalb der Mitgliederversammlung: Geltendmachung von Unterlassungs- und Beseitigungs- ansprüchen gegenüber dem Inhaber herrschenden Einflusses	325
a) Rechte des Vereins . . . . .	325

b) Rechte der außenstehenden Mitglieder . . . . .	326
3. Geltendmachung von Unterlassungs- und Beseitigungsansprüchen gegen die Vorstandsmitglieder und den Verein . .	327
a) Rechte des Vereins . . . . .	328
b) Rechte der außenstehenden Mitglieder . . . . .	328
II. Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche gegenüber exogener Schädigungen . . . . .	329
III. Schadensersatzansprüche . . . . .	329
1. Voraussetzungen eines Schadensersatzanspruchs. . . . .	329
a) Anforderungen des § 280 Abs. 1 BGB . . . . .	329
b) Besonderheiten bei der Einflussnahme in der Mitgliederversammlung . . . . .	330
c) Besonderheiten beim Verstoß gegen das Verbot der Umgehung der Mitgliederversammlung . . . . .	332
2. Aktivlegitimation . . . . .	333
3. Behandlung von Beweisschwierigkeiten . . . . .	334
a) Verstoß gegen das Schädigungsverbot . . . . .	334
b) Verschulden . . . . .	336
c) Schadensumfang . . . . .	336
d) Besonderheiten der Vermögensvermischung . . . . .	339
F. Zusammenfassung . . . . .	340
§ 12 <i>Im Interesse der Gläubiger bestehende Grenzen der Einflussnahme</i> . . . . .	344
A. Fehlen gesetzlicher Vorgaben . . . . .	344
B. Diskussionsstand . . . . .	345
I. Diskussionsstand im Vereinsrecht. . . . .	345
1. Rechtsprechung . . . . .	345
2. Literatur. . . . .	347
II. Diskussionsstand im GmbH-Recht . . . . .	348
1. Rechtsprechung des BGH: Vom qualifiziert faktischen Konzern zur Existenzvernichtungshaftung. . . . .	348
2. Meinungsbild in der Literatur . . . . .	351
III. Diskussionsstand zur Vermögensvermischung und Unterkapitalisierung . . . . .	353
1. Vermögensvermischung . . . . .	353
a) Rechtsprechung des BGH . . . . .	353
b) Meinungsbild in der Literatur. . . . .	354
2. Unterkapitalisierung. . . . .	355

a) Rechtsprechung des BGH . . . . .	355
b) Meinungsbild in der Literatur. . . . .	356
C. Existenzvernichtungsverbot als rechtsformübergreifendes Grundinstitut des Gläubigerschutzes. . . . .	357
I. Grundlegung. . . . .	358
1. Existenzvernichtungsverbot als Korrelat der Haftungsbeschränkung . . . . .	358
2. Keine selbstständige Bedeutung der Vermögensvermischung und der materiellen Unterkapitalisierung . . . . .	359
3. Begriff der Existenzvernichtung . . . . .	360
II. Gesetzliche Herleitung des Existenzvernichtungsverbots . . . . .	360
1. Bewertung der vertretenen Begründungsansätze. . . . .	360
2. Gesetzliche Anhaltspunkte für eine besondere Zweckbindung des Fremdkapitals . . . . .	362
a) Liquidations- und insolvenzrechtliche Wertungen . . . . .	362
b) Vorschriften betreffend der Abdingbarkeit der Geschäftsleiterhaftung. . . . .	363
(1) Gleichklang von zwingender Geschäftsleiterhaftung und zwingendem Verantwortungsbereich der Mitglieder. . . . .	363
(2) Die Wertungen der §§ 43 Abs. 2, 3 GmbHG, 93 Abs. 3–5 AktG, 34 Abs. 3–5 GenG im Einzelnen. . . . .	364
(3) Einordnung des Vereins . . . . .	366
c) Insolvenzverursachungshaftung des Geschäftsleiters . . . . .	367
d) Zwischenergebnis. . . . .	371
III. Kein abschließender Charakter der Kapitalerhaltungs- regelungen . . . . .	371
IV. Tatbestand des Existenzvernichtungsverbots . . . . .	372
1. Veranlassung einer nachteiligen Maßnahme: Abgrenzung zum Schädigungsverbot. . . . .	372
a) Parallele zum Schädigungsverbot. . . . .	372
b) Unterschied zum Schädigungsverbot: Formalzielunabhängigkeit des Nachteilsbegriffs . . . . .	373
2. Qualifizierte Geeignetheit zur Vernichtung von Fremdkapital: Abgrenzung zur bloßen Eigenkapitalvernichtung . . . . .	375
a) Erfordernis der Prognose zum Zeitpunkt der Veranlassung . . . . .	375
b) Begriff des Fremdkapitals . . . . .	376
c) Mittelbare und unmittelbare Einwirkungen auf das Fremdkapital . . . . .	377
3. Benachteiligungsvorsatz: Abgrenzung zu »Managementfehlern« . . . . .	378

V. Einordnung der materiellen Unterkapitalisierung und der insolvenznahen Spekulation zulasten der Gläubiger. . . . .	380
1. Materielle Unterkapitalisierung . . . . .	380
2. Insolvenznahe Spekulation zulasten der Gläubiger. . . . .	382
VI. Indisponibilität des Existenzvernichtungsverbots. . . . .	384
D. Verhinderung und Sanktionierung von Verstößen gegen das Existenzvernichtungsverbot. . . . .	384
I. Existenzvernichtungshaftung . . . . .	384
1. Vorzugswürdigkeit einer Schadensersatzinnenhaftung aus § 280 Abs. 1 BGB. . . . .	384
a) Überlegenheit der Schadensersatzhaftung gegenüber der Durchgriffshaftung . . . . .	385
b) Vorzugswürdigkeit von § 280 Abs. 1 BGB gegenüber § 826 BGB . . . . .	387
c) Wahl zwischen Innen- und Außenhaftung . . . . .	389
2. Haftungsvoraussetzungen und -umfang. . . . .	391
a) Haftungstatbestand . . . . .	391
b) Anspruchsinhalt . . . . .	391
3. Aktivlegitimation . . . . .	392
4. Behandlung von Beweisschwierigkeiten. . . . .	392
a) Haftungsvoraussetzungen. . . . .	392
b) Schadensumfang . . . . .	394
c) Besonderheiten bei Vermögensvermischung. . . . .	395
II. Verbotswidriger Beschluss der Mitgliederversammlung . . . . .	395
III. Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche . . . . .	395
E. Zusammenfassung . . . . .	397

#### Teil 4

### Der Verein im Gleichordnungskonzern

§ 13 <i>Der Verein als Spitze eines Gleichordnungskonzerns</i> . . . . .	402
A. Verein als Koordinationsinstrument . . . . .	402
B. Vereinbarkeit der Konzernleitung mit § 21 BGB . . . . .	403
C. Haftung des konzernleitenden Vereins. . . . .	404
D. Zusammenfassung . . . . .	405

§ 14 <i>Der Verein als gleichgeordneter Verband</i> . . . . .	406
A. Einbindung des Vereins in einen Gleichordnungskonzern . . . . .	406
I. Begründung einheitlicher Leitung . . . . .	406
II. Abgrenzung zum Unterordnungskonzern . . . . .	407
III. Mitwirkung der Mitgliederversammlung . . . . .	408
B. Rechtsfolgen . . . . .	410
I. Möglichkeit nachteiliger Weisungen . . . . .	410
II. Gläubigerschutz . . . . .	411
C. Zusammenfassung . . . . .	412
Literaturverzeichnis . . . . .	413
Sachverzeichnis . . . . .	437